

Gelebte Inklusion an der Sophie-Scholl-Schule in Gießen, einer Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen.

Foto: Marta Krajinović



„Es gibt in der Inklusion keine Sackgasse“

Für eine inklusive Bildungs- und Schullandschaft, die für alle Kinder offen ist, setzen sich die Vereine Gemeinsam Leben Hessen und IGEL-OF ein.

Dr. Dorothea Terpitz und Stefan Kneisel sind Vorsitzende der beiden Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen und berichten im Interview über Erfolge und Hürden.

Wenn Sie die schulische Inklusion in Hessen benoten müssten, welche Note würden Sie vergeben?

Dorothea Terpitz: Keine, denn Schulnoten finde ich ganz schwierig, weil sie kein umfassendes Bild geben, sondern nur einseitig auf Leistung fokussieren. Deshalb sehen wir Schulnoten kritisch. Wenn ich Hessen im Vergleich mit anderen Bundesländern einordnen sollte, würde ich zwar nicht sagen, dass es Schlusslicht ist, wie das oft behauptet wird. Aber es gibt immer noch zu viele Förderschulen, weil die Landesregierung das bestehende Schulsystem erhalten will, mit Regelschulen und Förderschulen, die in sich jeweils noch einmal gegliedert sind. Dieses Selektieren und Sortieren prallt derzeit auf die UN-Behindertenrechtskonvention, nach der die Landesregierung verpflichtet

ist, das alte System radikal umzubauen. Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde vor mehr als neun Jahren ratifiziert, aber passiert ist bisher eigentlich nicht viel.

Aber muss es nicht weiterhin Förderschulen geben, damit die Eltern ihr Kind mit Behinderung auch in eine Schule schicken können, in der es sozusagen unter seinesgleichen ist? Schließlich ist das Wunsch- und Wahlrecht auch in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben.

Dorothea Terpitz: Würde Inklusion konsequent umgesetzt, dann wären Kinder mit Behinderung nicht mehr so sehr die Ausnahme an Regelschulen, sondern würden ganz selbstverständlich dazu gehören. Es ist nicht normal, dass Menschen mit Behinderung so stark aus-

geschlossen werden, dass sie im Alltag immer noch auffallen. Hier muss sich die Gesellschaft ändern. Außerdem sind Kinder mit Behinderung auch an Förderschulen nicht unter ihresgleichen, denn Förderschulen haben ebenfalls sehr heterogene Klassen, trotz aller Untergliederung in unterschiedliche Förderbedarfe. In Kanada oder Skandinavien, wo es ein gut ausgestattetes inklusives Schulsystem gibt, ist das alles kein Thema.

Warum entscheiden sich Eltern immer noch für Förderschulen?

Dorothea Terpitz: Weil sie für ihre Kinder das Beste wollen und merken, dass das Schulsystem noch nicht so weit ist. Und weil sie immer noch oft regelrecht „bequatscht“ werden, auf ihr Recht auf Inklusion zu verzichten, häufig wird dabei emotionaler Druck auf sie ausgeübt. In den Regelschulen gibt es starke Ängste, die zu Abwehrstrategien führen, in die sehr viel Energie gesteckt wird. Viele Schulen bewegen sich erst, wenn sie ein Kind mit Behinderung zugewiesen bekommen, weil Eltern auf ihrem

Recht bestehen. Und dann sind sie oft erstaunt, wie gut Inklusion funktioniert. Das hat viel mit Willen und Haltung zu tun. Förderschulen sind auch wirklich nicht das Gelbe vom Ei, das hat gerade wieder die SPEAK!-Studie gezeigt, einer Untersuchung zu Erfahrungen von Jugendlichen mit sexualisierter Gewalt im Auftrag des Hessischen Kultusministeriums. Demnach gibt es an Förderschulen deutlich mehr Gewalt als an Regelschulen.

Wie schwierig ist es, in Hessen das Menschenrecht auf Inklusion an Schulen durchzusetzen?

Stefan Kneisel: Als mein Sohn, der das Down-Syndrom hat, eingeschult wurde, sagte die Grundschule zuerst „Inklusion machen wir nicht.“ Als ich beharrlich blieb, wurde er vom gesamten Kollegium sozusagen besichtigt und meine Frau musste beim ersten Elternabend ein Plädoyer für ihn halten. Inzwischen ist Inklusion an dieser Grundschule gang und gäbe. Mein Sohn ist inzwischen in der 5. Klasse und besucht immer noch eine Regelschule, allerdings nicht die wohnortnächste, sondern eine fast 20 Kilometer entfernte. Dort werden fünf Kinder mit Behinderung in einer Klasse gebündelt unterrichtet. Das ist eine Schwerpunktschule nach dem Konzept der Landesregierung, und in der Klasse ist ständig ein Förderlehrer zusätzlich anwesend. Hätte ich meinen Sohn in die Regelschule geschickt, die unserem Wohnort am nächsten ist, hätte er dagegen nur vier Förderstunden pro Woche gehabt. Das ist viel zu wenig.

Was sind die Folgen einer solchen halbherzigen Inklusion mit zu geringen Ressourcen?

Dorothea Terpitz: Das ist keine Inklusion im Sinne gleichberechtigter Teilhabe, sondern Integration nach dem alten Konzept. Kinder mit Behinderung werden in Regelschulen reingepresst und sollen sich an das vorhandene System anpassen. Wir beobachten mit großer Sorge, dass dadurch zunehmend Schüler*innen komplett aus der Schule ausgeschlossen werden. Es wird oftmals solange ohne die nötige Unterstützung herumgewurschtelt, bis gar nichts mehr geht. Der Druck auf die betroffenen Kinder steigt, sie werden verhaltensauffällig und aggressiv. Dann gelten sie als nicht mehr beschulbar und es wird ein Antrag auf Ruhen der Schulpflicht gestellt. Und schon sind die Kinder zuhause, oft wochen- oder monatelang. Allein in Frankfurt sind davon aktuell etwa 50 Kinder betroffen. Wenn Inklusion nicht richtig gemacht wird, ist das schädlich, es ist dann überhaupt keine Inklusion.



Dr. Dorothea Terpitz, die auch zum Vorstand des PARITÄTISCHEN Hessen gehört, und Stefan Kneisel fordern einen radikalen Umbau des hessischen Schulsystems. Foto: Barbara Helfrich

Nicht nur die meisten Kinder mit Behinderung werden in Hessen getrennt unterrichtet, sondern auch für geflüchtete Jugendliche gibt es Sonderklassen.

Dorothea Terpitz: Diese InteA- und Intensivklassen finde ich auch sehr schwierig, da die Jugendlichen nur wenig Kontakt zu Muttersprachler*innen haben. Dadurch lernen sie langsamer deutsch. Und auch sozial ist dieses Aussonderungsprinzip nicht zuträglich, denn es findet kein interkultureller Austausch statt. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund landen übrigens auch immer noch unverhältnismäßig oft auf Förderschulen oder werden am Gymnasium aussortiert, mit dem Argument, dass die Eltern sie ja nicht in dem nötigen Maße unterstützen könnten. So einen Fall hatten wir gerade erst wieder.

In Hessen öffnen sich inzwischen zunehmend Förderschulen für Kinder ohne Behinderung. Ist das ein richtiger Weg?

Dorothea Terpitz: Es ist ein Schritt hin zur Annäherung, eine Vorstufe zur Inklusion. Es gibt auch den Ansatz, dass Förderschulen und Regelschulen kooperieren, dass beispielsweise Klassen einige Stunden pro Woche gemeinsamen Unterricht haben. Aber letztendlich ist

das alles halbherzig und der Versuch, das geteilte und gegliederte hessische Schulsystem zu bewahren.

Herr Kneisel, waren Sie bei all den Hürden, die Eltern nehmen müssen, um ein Kind mit Behinderung inklusiv beschulen zu lassen, schon mal kurz davor aufzugeben?

Stefan Kneisel: Nein, aber meine Frau und ich wissen auch genau, was wir wollen, und können uns durchsetzen. Wir werden auch mal böse, wenn wir merken, dass Schulen und Lehrer*innen einfach nicht wollen. Man muss sich sehr gut auskennen, und immer wieder Aufklärungsarbeit leisten.

Dorothea Terpitz: Es gibt in der Inklusion keine Sackgassen. Sie läuft nicht immer problemlos. Aber dann muss man sich eben überlegen, was man ändern muss, damit es weitergeht.

Interview: Barbara Helfrich

Kontakt

Gemeinsam leben Hessen e. V.
Tel. 069 - 83 008 685
dorothea.terpitz@gemeinsam-leben-hessen.de
www.gemeinsam-leben-hessen.de

„Nachbesserungen sind dringend erforderlich“

Zwischenbilanz nach drei Jahren InteA-Programm

Um geflüchtete Jugendliche in Schule und Arbeitsmarkt zu integrieren, hat die hessische Landesregierung zum Schuljahr 2015/2016 an Berufsschulen das Programm InteA gestartet. Nach zwei Jahren hat der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen jetzt eine Zwischenbilanz gezogen.

„Das Programm ist sehr lobenswert, aber um tatsächlich der Mehrheit der Jugendlichen den Weg in einen qualifizierten Beruf zu eröffnen, sind deutliche Nachbesserungen erforderlich“, sagte Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi. Denn das erklärte Ziel, ausreichende Deutschkenntnisse und einen Schulabschluss zu erlangen, haben die meisten Schüler*innen nicht erreicht, wie die Statistik zeigt: Von den etwa 2.200 Jugendlichen, die bisher die InteA-Klassen verlassen haben, haben 22 einen Realschulabschluss geschafft und 442 einen Hauptschulabschluss. 1.185 haben Sprachkenntnisse auf dem Niveau A2/B1 nachgewiesen, das Mindestvoraussetzung für den Beginn einer Berufsausbildung ist.

Zum Schuljahresende in diesem Sommer werden weitere rund 5.500 junge Menschen die InteA-Klassen verlassen. „Um ihnen berufliche Perspektiven zu eröffnen, braucht es dringend noch mehr Anschlussprogramme und Alternativen“, sagt Annette Wippermann, Referentin für Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung beim PARITÄTISCHEM Hessen. „Den Fokus jetzt auf eine schnelle Vermittlung in unqualifizierte Jobs zu setzen, würde zu kurz greifen - weder für die jungen Menschen ist das nachhaltig, noch mit Blick auf den wachsenden Fachkräftemangel.“

Ähnlich fiel kürzlich das Fazit bei einer Fachtagung des Netzwerks BLEIB in Hessen II aus, das Geflüchtete in sieben hessischen Landkreisen auf



Schulische Bildung ist der Schlüssel zur beruflichen Integration Geflüchteter.
Foto: UNHCR/Gyula Sopronyi

dem Weg in den Arbeitsmarkt berät. Das überregionale Beratungsnetzwerk wird vom Mittelhessischen Bildungsvorband e. V. koordiniert und gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds. Eine der Forderungen der Expert*innen ist, die Altersgrenze für den Besuch von InteA-Klassen von derzeit 20 auf 27 Jahre heraufzusetzen.

Auch die Laufzeit des Programms sollte verlängert werden, derzeit ist ein maximal zweijähriger Schulbesuch vorgesehen. Er sollte auf mindestens vier Jahre verlängert werden, wobei künftig auch Pflichtpraktika zum Programm gehören sollten. Um den Einstieg ins Arbeitsleben zu erleichtern, ist auch eine Interkulturelle Sensibilisierung nötig.

Kleinere Klassen und mehr sozialpädagogische Betreuung sind ebenfalls erforderlich. Denn viele Schüler*innen der InteA-Klassen haben in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht Traumatisches erlebt, viele haben gebrochene Bildungsbiografien und unsichere Bleibeperspektiven und benötigen über den üblichen Unterricht hinaus Unterstützung. Ausgebaut werden sollten auch die Anschlussprogramme, in die Absolvent*innen der InteA-Klassen wechseln können.

Der PARITÄTISCHE Hessen begrüßt den Entschluss des HMSI, analog zu „Wirtschaft integriert“ das Programm „Sozialwirtschaft integriert“ einzurichten. Leider bleibt dieses bezogen auf die finanzielle und zahlenmäßige Ausgestaltung weit hinter „Wirtschaft integriert“ zurück und sollte aufgestockt werden.

Ein weiterer Knackpunkt ist die ungewisse Zukunft vieler Geflüchteter, die zum Teil befürchten müssen, in Kriegs- und Krisenregionen abgeschoben zu werden. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert, einen sicheren Aufenthalt während des Schulbesuchs zu garantieren, analog zur Ausbildungsduldung, die bislang nur für duale Berufsausbildungen gewährt wird. Christoph Rettler, BLEIB-Berater in Marburg, berichtet, dass dies dazu führt, dass sich InteA-Schüler*innen mit ungewisser Bleibeperspektive voreilig für eine Ausbildung zum Zweck der Aufenthaltssicherung entscheiden, obwohl ihr Interesse nicht unbedingt in dieser beruflichen Richtung liegt oder sie dafür noch nicht reif sind: „Die Folge ist oft, dass die Ausbildung die jungen Azubis vor zu große Herausforderungen stellt, insbesondere fehlende Sprachkenntnisse führen dann häufig zu Schwierigkeiten in der Berufsschule und im Ausbildungsbetrieb.“

Neue Wege zur kulturellen Teilhabe

Inklusions-Projekt im Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim

„StadtMuseum inklusive: beteiligen - nicht behindern!“ heißt seit September 2016 ein Inklusions-Projekt im Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim, bei dem neue kreative Vermittlungsformen für Menschen mit Beeinträchtigung entwickelt werden. Sie als Besucher*innen für das Museum zu gewinnen und als Akteur*innen in der Stadtkultur ernst zu nehmen sowie mit ihnen gemeinsam Angebote zu erarbeiten, ist das Ziel des knapp zweijährigen Vorhabens, das von der Kulturstiftung des Bundes im Fonds Stadtfahrten gefördert wird. Umgesetzt wird es in Kooperation mit dem Verein Werkstätten für Behinderte Rhein-Main, der eine Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen ist, dem Kunstverein Rüsselsheim e.V. und der Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel.

Die Mitarbeiter*innen der WfB haben ihre Klient*innen über das Angebot informiert, sie zur Teilnahme motiviert und schließlich auch ins Museum begleitet. Viele Menschen mit Beeinträchtigung haben in den letzten zwei Jahren mit Freude und Gewinn an unterschiedlichen Aktionen im Museum teilnehmen können. Eine Gruppe, angeleitet durch zwei bildende Künstler, gestaltete im Rahmen des Projekts „Rüsselsheim anders bauen“ beispielsweise über zehn Wochen hinweg eine Ausstellung, mit der sie ihrer eigenen und ganz persönlichen Sicht auf die Stadt Ausdruck verleihen konnten. Erstmals wurde damit im Museum die Sicht von Menschen mit kognitiven Einschränkungen auf ihre Heimat und ihr Lebensumfeld öffentlich.

Neue Wege der Vermittlung geht das Museum auch in anderen Veranstaltungen, um Menschen mit Beeinträchtigung gerecht zu werden und ihnen unterschiedlichste Zugänge zu sozialer und kultureller Teilhabe und Bil-

dung zu ermöglichen. Spielerisch und tänzerisch beschäftigte sich der inklusive theaterpädagogische Workshop „Theater am laufenden Band“ - ausgehend von der Dauerausstellung des industriegeschichtlichen Museums - mit den Bewegungen von Mensch und Maschine. Jugendliche aus dem Berufsbildungsbereich der WfB Rhein-Main kamen im Herbst 2017 drei Tage lang im Museum zusammen, um sich mit dem Thema Kraftübertragung und Energiewandlung auseinanderzusetzen. Sie bauten dabei eine Maschine der besonderen Art: Mit viel Kreativität und Lust an Formen und Farben entstand eine bunte, verschlungene und äußerst trickreich zu bedienende Kugelbahn.

Das Team des Hauses profitiert in vielfacher Hinsicht von den Erfahrungen mit den neuen Besucher*innen. Die Kooperation weitet den Blick auf unterschiedliche Bedürfnisse, Fähigkeiten und den Spaß am Umgang mit den Museumsdingen, der uns alle verbindet. Und schließlich bekamen die Mitarbeiter*innen Verstärkung aus der WfB. Ein Beschäftigter konnte im Rahmen des Projekts eine Arbeit im Museum aufnehmen, unterstützt jetzt den Besucherservice und entwickelt die Veranstaltungen von StadtMuseum inklusive mit.

Zusätzlich zu den neuen museumspädagogischen Angeboten sind Informationen in Leichter Sprache auf der Homepage in Planung, um allen Besucher*innen Zugang zum Museum und seinen Ausstellungen zu ermöglichen. Ein digitales Führungsangebot, mit dessen Hilfe sich Menschen mit Beeinträchtigung selbstständig in der Ausstellung bewegen können, soll das Angebot vervollständigen. Die im Projekt gesammelten Erkenntnisse fließen produktiv in diese nachhaltigen Angebote ein.



Eröffnung der Ausstellung „Rüsselsheim anders bauen“. Foto: Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim

Über die Erfahrungen dieses ersten umfassenden Projekts kultureller Bildung für Menschen mit Unterstützungsbedarf im Museum diskutierten im Rahmen einer Tagung im April 2018 rund 90 Fachleute aus Museen sowie der Förderpädagogik und Behindertenhilfe im Stadt- und Industriemuseum, zu der Ende 2018 ein Tagungsband mit dem Titel „Museum und Inklusion“ im transcript Verlag erscheint.

Kontakt

Cornelia Röhlke
 Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim
 Tel. 06 142 - 832 950
museum@ruesselsheim.de
www.museum-ruesselsheim.de